

Marcel Thum*

Landesweite Lockdowns, wirtschaftliche Wahrnehmung und politische Einstellungen in der Bevölkerung

Die Covid-19-Pandemie hat die Lebensumstände der Menschen weltweit verändert. Möglicherweise haben sich durch die Pandemie selbst wie auch durch die tiefgreifenden Politikinterventionen die politischen und ökonomischen Wahrnehmungen der Bürger*innen verschoben. Dieser Beitrag fasst einige Ergebnisse aus einer großangelegten Befragung in Deutschland, Frankreich, Spanien und dem Vereinigten Königreich zu politischen Einstellungen und ökonomischen Wahrnehmungen aus dem März 2020 zusammen, als in diesen vier Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhebliche Kontakt- und Mobilitätsbeschränkungen eingeführt wurden. Insgesamt hat sich die wirtschaftliche Unsicherheit vor allem bei jüngeren Menschen erhöht, populistische Tendenzen haben nicht zugenommen. Überraschend können wir eine leicht positivere Haltung gegenüber Globalisierung registrieren. Ebenfalls zu beobachten war allerdings auch ein Anstieg der autoritären Tendenzen.

MOTIVATION

Viele Länder haben im Frühjahr 2020 infolge der Covid-19-Pandemie Kontakt- und Mobilitätsbeschränkungen eingeführt, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Diese Restriktionen sind in nahezu jedem Bereich des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens spürbar geworden. Die veränderten Lebensumstände können wiederum auch die Einstellungen der Bürger*innen hinsichtlich der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik nachhaltig formen. Während sich die erste Welle der Pandemie im Frühjahr 2020 ausbreitete und erstmalig landesweite Lockdowns implementiert wurden, haben wir in einer großangelegten Befragung erfasst, ob sich in vier europäischen Ländern (Frankreich, Deutschland, Spanien und Vereinigtes Königreich) die Einstellungen der Bürger*innen in verschiedenen Dimensionen durch die Covid-19-Pandemie verändert haben. Hierzu gehören bspw. die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Unsicherheit und Ansichten zur Globalisierung sowie politische Einstellungen, wie das Vertrauen in (inter-)nationale Institutionen oder Einstellungen zu Populismus und Autoritarismus.

Dieser Beitrag stellt einige der zentralen Ergebnisse dieser Befragungsstudie (Arlin et al. 2021) vor. In der Studie wurde unterschieden, ob sich Einstellungen erstens unmittelbar nach dem ersten Lockdown und zweitens während der Pandemieausdehnung im März 2020 verändert haben. Der erste Teil zielt darauf ab, unmittelbare, kurzfristige Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen auf die Einstellungen der Befragten hinsichtlich Wirtschaft und Politik zu identifizieren. Der zweite Teil widmet sich den mittelfristigen Auswirkungen der Pandemie sowie des damit verbundenen „Social Distancing“ auf die Einstellungen der Bürger*innen. Dieser Beitrag konzentriert sich auf die letztgenannten, mittelfristigen Effekte.

BEFRAGUNG

In jedem der vier Länder (Frankreich, Deutschland, Spanien und Vereinigtes Königreich) wurden im März 2020 nahezu 5000 Personen befragt. Die endgültige Stichprobe ist in jedem Land annähernd repräsentativ.¹ Als Reaktion auf die beginnende Covid-19-Pandemie schränkten die vier nationalen Regierungen während der Durchführung dieser Umfrage im März 2020 grundlegende Freiheitsrechte ein. Lockdowns wurden – in unterschiedlichem Ausmaß – am 15. März in Spanien, am 17. März in Frankreich und am 23. März in Deutschland und dem Vereinigten Königreich verhängt. Da der letzte Tag der Umfrage in Deutschland und dem Vereinigten Königreich der 26. März ist, liegen für diese beiden Länder nur verhältnismäßig wenige Befragungsdaten aus der Zeit nach Beginn des Lockdowns vor. Unterschiede in den Einstellungen in der Zeit vor und nach Einführung des ersten Lockdowns lassen sich jedoch auch in diesen beiden Ländern studieren.

WIRTSCHAFTLICHE UNSICHERHEIT

Das gefühlte Ausmaß wirtschaftlicher Unsicherheit erfassen wir mit zwei Fragen. Erstens verwenden wir eine Frage aus dem European Social Survey (2021): „Was [...] beschreibt am besten, wie Sie Ihr gegenwärtiges Haushaltseinkommen beurteilen? Mit dem gegenwärtigen Einkommen kann ich/können wir... bequem leben / zurechtkommen / nur schwer zurechtkommen / nur sehr schwer zurechtkommen.“ Zweitens beziehen wir in Anlehnung an die Literatur (Bossert und D'Ambrosio 2011) auch Informationen zur Arbeitsplatzunsicherheit ein. Die Befragten werden gebeten, die folgende Aussage zu bewerten: „Das Land wird mit einer Situation immer größerer Arbeits-

* Prof. Marcel Thum ist Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

platzunsicherheit konfrontiert sein.“ Die Antwortmöglichkeiten reichen von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu). Je höher der Wert unseres aggregierten Index, desto höher ist die gefühlte wirtschaftliche Unsicherheit.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Pandemie – wenig überraschend – zu einer erhöhten wirtschaftlichen Unsicherheit geführt hat. Auf Länderebene ist der erwähnte Anstieg – von vor dem Lockdown zu der Zeit danach – sowohl in Frankreich als auch in Deutschland statistisch signifikant. Dieser Anstieg der wirtschaftlichen Unsicherheit betrifft fast die gesamte Bevölkerung, außer Familien ohne Kinder und ältere Menschen. Der von uns erfasste Verlust an wirtschaftlicher Sicherheit ist im Einklang mit ähnlichen Ergebnissen der Literatur (z. B. Fetzer et al. 2021).

Abbildung 1 zeigt die Veränderung der wirtschaftlichen Unsicherheit (sowie der anderen Dimensionen politischer und ökonomischer Einstellungen) von der Zeit vor den Lockdowns zur Zeit danach. Der Wert für die wirtschaftliche Unsicherheit liegt bei 0,7 (grünes Viereck) und damit rechts von der Referenzlinie (Wert = 0) für die Zeit vor den Lockdowns. Die Spannweite der Linie um den Punkt bei 0,7 zeigt zwei Standardabweichungen an. Der Anstieg wirtschaftlicher Unsicherheit ist signifikant, da diese Linie der Spannweite die Referenzlinie nicht schneidet.

GLOBALISIERUNG

Während die wirtschaftliche Unsicherheit eher nach innen gerichtet ist und individuelle Empfindungen über das eigene wirtschaftliche Wohlergehen erfasst, spiegelt die Wahrnehmung der internationalen wirtschaftlichen Integration eine allgemeinere Einstellung gegenüber der Spezialisierung marktbasierter Volkswirtschaften wider. Globalisierung könnte zu einer gesellschaftlichen Spaltung in vielen Ländern beigetragen haben, wenn der globale Wettbewerb die Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern vertieft hat (Rodrik 1997). Unsere

Studie untersucht daher auch, wie sich die globale Pandemie auf die Globalisierungswahrnehmung auswirkt und welche Bevölkerungsgruppen mögliche Änderungen vorantreiben. Um die Einstellung der Befragten zur Globalisierung zu messen, passen wir die Fragenkataloge von Elchardus und Spruyt (2016) und Iakhnis et al. (2018) für unsere Zwecke an und konstruieren einen Globalisierungswahrnehmungsindex aus der Zustimmung bzw. Ablehnung zu den folgenden Aussagen:

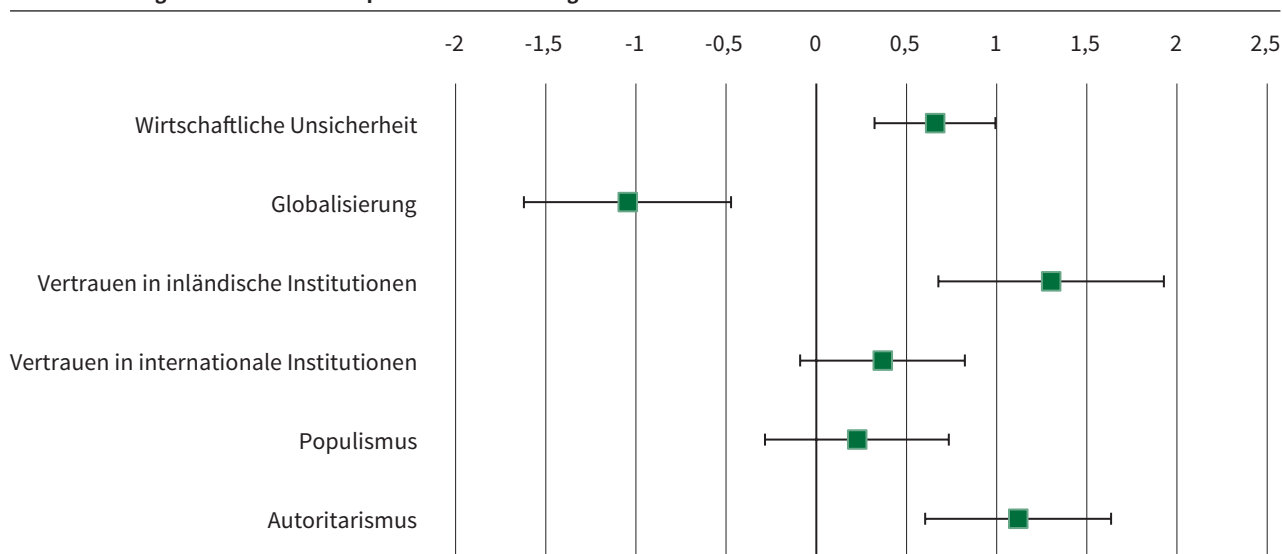
- Noch mehr Unternehmen werden in Niedriglohnländer abwandern und damit die Beschäftigung in [Land der Erhebung] bedrohen.
- Um dem Wettbewerb mit anderen Ländern standzuhalten, werden wir unseren Wohlfahrtsstaat abbauen müssen.
- Multinationale Unternehmen werden immer mächtiger werden, kleine Unternehmen werden zwangsläufig darunter leiden.
- Die Öffnung der europäischen Grenzen bedeutet, dass unsere Arbeitgeber die billigen Arbeitskräfte aus ärmeren Ländern unseren eigenen Arbeitskräften vorziehen werden.
- Betrachten Sie Globalisierung als den zunehmenden Handel zwischen Ländern mit Waren, Dienstleistungen und Investitionen. Bitte geben Sie an, ob die Globalisierung Ihrer Meinung nach negative oder positive Auswirkungen auf jeden der folgenden Punkte hat: i) Fabrikarbeiter; ii) multinationale Unternehmen mit Sitz in [Land der Umfrage]; iii) Sie und Ihre unmittelbare Familie; und iv) die Wirtschaft des [Landes der Umfrage].

Die Antworten sind so kodiert, dass höhere Werte des Index eine negativere Einschätzung der Globalisierung anzeigen.

Was die Einstellung zur Globalisierung betrifft, so ist insgesamt eine deutliche Abnahme der Skepsis zu beobachten (vgl. Abb. 1). Der Effekt ist im Wesentlichen von Deutschland getrieben. Die Koeffizienten sind negativ für Frankreich und positiv für Spanien und Großbritannien, jedoch statistisch allesamt nicht signifikant. Ein größerer Anstieg in der Zustimmung

Abb. 1

Die Veränderung wirtschaftlicher und politischer Einstellungen während der Covid-19-Pandemie



Anmerkungen: Befragungsteilnehmer*innen aus Deutschland, Frankreich, Spanien und dem Vereinigten Königreich. Die Veränderung bezieht sich auf die Zeit nach Implementierung der Lockdowns in jedem Land im Vergleich zur Zeit davor.

Quelle: Arin et al. (2021), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

für Globalisierung finden wir primär bei Frauen, Familien mit Kindern und Erwerbstätigen.

VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN

Schocks haben typischerweise auch beträchtliche Auswirkungen auf das Vertrauen der Bürger*innen in nationale wie auch internationale Institutionen.² So hat bspw. die Finanzkrise das Vertrauen in politische Institutionen in Europa erheblich reduziert (Algan et al. 2017). Der Vertrauensverlust war in den Ländern größer, in denen sich die Finanzkrise stark negativ ausgewirkt hatte (Foster und Frieden 2017). Mit anderen Worten: Eine gute Wirtschaftsleistung, die der Regierung zugerechnet wird, hilft beim Aufbau von Vertrauen. Die Zuweisung von Verantwortung zeigte sich auch nach Bail-out-Vereinbarungen mit Griechenland: Das Vertrauen in europäische Institutionen verschlechterte sich, während das (geringe) Vertrauen in nationale Regierungen davon weitgehend unberührt blieb (Drakos et al. 2019). Einige Beiträge haben auch das Vertrauen in politische Institutionen nach Terroranschlägen untersucht. In der Folge von 9/11 erlebten die Vereinigten Staaten einen signifikanten Anstieg des Vertrauens; die Bürger*innen versammelten sich gleichsam hinter der Nationalflagge („rally ‘round the flag“-Effekt; vgl. z. B. Chanley 2002). Dieser Vertrauensanstieg ist meist jedoch nur vorübergehend und verschwindet nach einigen Monaten (Perrin und Smolek 2009). Der „rally ‘round the flag“-Effekt hat nicht nur ein zeitliches Verfallsdatum, er unterscheidet sich auch nach sozialen Gruppen. Nach dem 11. September 2001 zeigten Afroamerikaner, Frauen und weniger Gebildete einen geringeren Anstieg im Vertrauen in nationale, politische Institutionen als Weiße, Männer und höher Gebildete.

In unserer Studie wird die Vertrauensdimension durch die folgende Frage erfasst: „Bitte geben Sie auf einer Skala von 0-10 an, wie sehr Sie persönlich jeder der folgenden Institutionen vertrauen (0 = vertraue überhaupt nicht; 10 = vertraue voll und ganz): Parlament des Landes / Rechtssystem / Polizei / Politiker / Politische Parteien / Europäisches Parlament / Vereinte Nationen. Dieselbe Frage wird – zum Teil mit anderen Skalen – u. a. im European Social Survey, im Afrobarometer oder in der Gallup-Umfrage gestellt. Insgesamt ist das Vertrauen in inländische Institutionen nach den Lockdowns im Vergleich zu davor gestiegen (vgl. Abb. 1).³ Die Muster unterscheiden sich jedoch zwischen den Ländern: In Deutschland und dem Vereinigten Königreich war bereits vor den Lockdowns ein Anstieg des Vertrauens feststellbar. In Frankreich und Spanien führte der Lockdown zu einem kurzfristigen Rückgang des Vertrauens mit einer schnellen Erholung während der Lockdown-Periode. Wir finden also moderate Anzeichen für einen „rally ‘round the flag“-Effekt. Der allgemeine Anstieg des Vertrauens in staatliche Institutionen wird im Wesentlichen von Frauen und Familien mit Kindern getragen. Unsere Ergebnisse stehen jedoch im Gegensatz zu den Befunden von Daniele et al. (2020), die im Rahmen einer Umfrage in Italien, Spanien, Deutschland und den Niederlanden während der COVID-19-Pandemie eine Abnahme des Vertrauens in staatliche Institutionen finden. Möglicherweise hat dies mit der späteren Befragung in deren Studie zu tun, so dass der „rally ‘round the flag“-Effekt schon abgeklungen war und sich sogar umgekehrt hatte.

POPULISTISCHE EINSTELLUNGEN

Nach einer gängigen Definition (Mudde 2004) ist Populismus eine Ideologie, die die Gesellschaft letztlich in zwei antagonistische Gruppen aufteilt – „das reine Volk“ versus „die korrupte Elite“ – und die argumentiert, dass die Politik ein Ausdruck des allgemeinen Willens des Volkes sein sollte. Ein Schlüsselement des Populismus ist also der Gegensatz zwischen der (guten) Bevölkerung und der (schlechten) politischen Elite, die von den Massen entfremdet ist. Dies wird oft mit der Behauptung kombiniert, dass die breite Bevölkerung eine homogene Gruppe sei, deren einheitliche Präferenzen von elitären Politiker*innen vernachlässigt würden.

Die Covid-19-Krise bietet die Gelegenheit zu überprüfen, ob und wie die Pandemie sowie die damit einhergehenden, weitreichenden Eingriffe in das öffentliche und individuelle Leben sich auf populistische Einstellungen in der Bevölkerung auswirken. Zur Erfassung populistischer Einstellungen folgen wir Elchardus und Spruyt (2016): „Bitte geben Sie auf einer Skala von 0-10 an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen (0 = stimme überhaupt nicht zu; 10 = stimme voll und ganz zu):

- Die Meinung der einfachen Leute ist mehr wert als die von Experten und Politikern.
- Politiker sollten mehr auf die Probleme der Menschen hören.
- Minister sollten weniger Zeit hinter ihren Schreibtischen und mehr unter den einfachen Leuten verbringen.
- Leute, die lange studiert haben und viele Diplome haben, wissen nicht wirklich, was die Welt bewegt.“

Unser Populismus-Index ist der Durchschnittswert aus den Antworten auf diese vier Bewertungen. Unser Maß umfasst also sowohl die volkszentrierte Sichtweise (Aussagen 1 und 2) als auch die anti-elitäre Sichtweise (Aussagen 3 und 4) des Populismus.

Im Gegensatz zum Schock der Finanzkrise scheint die Pandemie populistische Einstellungen nicht zu fördern (vgl. Abb. 1). Die einzelnen betrachteten Länder zeigen jedoch recht unterschiedliche Muster. Spanien und Frankreich hatten einen (nicht signifikanten) kurzfristigen Anstieg im Zuspriech zum Populismus vor Einführung der Lockdowns zu verzeichnen. In beiden Ländern gibt es jedoch keinen mittelfristigen Effekt auf Einstellungen zum Populismus. Im Vereinigten Königreich ist über den gesamten Befragungszeitraum im März 2020 ein Rückgang im Zuspriech zum Populismus festzustellen. In Deutschland finden wir im Betrachtungszeitraum keine Veränderung der populistischen Einstellungen. Auch hinsichtlich verschiedener soziodemographischer Charakteristika lassen sich keine signifikanten Veränderungen ermitteln.

AUTORITARISMUS

Autoritarismus wird oft als Präferenz für soziale Ordnung und Sicherheit auf Kosten der individuellen Autonomie verstanden (z. B. Feldman 2003). Diese Präferenzen können durch einen Schock wie die Pandemie oder Bedrohungen der wirtschaftlichen Existenz befördert werden. Zur Messung verwenden wir vier Fragen aus einem größeren Fragenkatalog, der ursprünglich von Schwartz (1992) für länderübergreifende Vergleiche menschlicher Grundwerte genutzt wurde. Die Teilnehmer*innen geben auf einer Skala von 0 bis 10 an, inwieweit sie den

ausgewählten Aussagen zustimmen. Diese vier Aussagen lauten wie folgt:

- Es ist wichtig, in einer sicheren Umgebung zu leben.
- Die Menschen sollten sich jederzeit an Regeln halten, auch wenn niemand zuschaut.
- Es ist wichtig, dass die Regierung stark ist und Sicherheit gegen alle Bedrohungen gewährleistet.
- Es ist wichtig, Traditionen und Bräuche zu befolgen, die von der Religion oder der Familie weitergegeben werden.

Unsere Ergebnisse zeigen einen wahrnehmbaren Anstieg hinsichtlich autoritärer Tendenzen in der Bevölkerung im Verlauf der Pandemie. Dies steht im Einklang mit anderen aktuellen Studien. Durch Umfrageexperimente in Deutschland fanden Tepe et al. (2020), dass die Lockdowns die Teilnehmer*innen dazu brachten, mehr Macht für die Regierung auf Kosten des Parlaments zu favorisieren. Die Befragten waren auch eher bereit, den staatlichen Schutz vor Covid-19 mit einem langfristigen Verlust an bürgerlichen Freiheiten zu bezahlen als mit langfristigen makroökonomischen Wohlstandsverlusten. In Spanien waren die Teilnehmer*innen einer Umfrage (Amat et al. 2020) bereit, grundlegende bürgerliche Freiheiten zu opfern, um die Pandemie einzudämmen. Sie zeigten auch eine deutlichere Unterstützung für eine starke Führung. Auch unsere Ergebnisse scheinen stark von Spanien getrieben zu sein, denn Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich weisen keine signifikanten Änderungen in den Einstellungen der Bevölkerung hinsichtlich Autoritarismus auf. Der Anstieg in der Zustimmung zum Autoritarismus war in unseren Daten bei Frauen, Familien mit und ohne Kinder, Beschäftigten wie auch Arbeitslosen zu sehen.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Covid-19-Pandemie und die zu ihrer Eindämmung ergriffenen politischen Maßnahmen stellen für das (Zusammen-)Leben der Menschen einen gewaltigen Schock dar. Eine Befragung von fast 20 000 Personen in Deutschland, Frankreich, Spanien und dem Vereinigten Königreich erlaubt Rückschlüsse darauf, ob der Schock politische und ökonomische Einstellungen wie auch die wirtschaftliche Unsicherheit der Menschen verändert hat. Unsere Ergebnisse zeigen, dass sich die wirtschaftliche Unsicherheit erhöht hat. Allerdings tritt dieser Effekt – anders als bei früheren Krisen – eher bei jüngeren Menschen auf. Weiterhin finden wir, dass populistische Tendenzen nicht zugenommen haben und das Vertrauen in staatliche Institutionen eher gestiegen ist, auch wenn letzteres vermutlich eher ein vorübergehender Effekt um die Zeit der ersten Lockdowns herum war. Auch eine leicht positivere Haltung gegenüber Globalisierung – vor allem bei Frauen, Familien mit Kindern und Beschäftigten – konnten wir registrieren. Ebenfalls zu beobachten war allerdings ein Anstieg der autoritären Tendenzen in dem Sinne, dass dem starken Staat mehr Verantwortung zugeschoben wird.

LITERATUR

- Algan, Y., Guriev, S., Papaioannou, E. und E. Passari (2017), „The European Trust Crisis and the Rise of Populism“, *Brookings Papers on Economic Activity*, 2017 (2), S. 309–382.
- Amat, F., Arenas, A., Falcó-Gimeno, A. und J. Muñoz (2020), *Pandemics Meet Democracy. Experimental Evidence from the COVID-19 Crisis in Spain*, University of Barcelona, SocArXiv Papers.
- Arin, K. P., Lacomba, J. A., Lagos, F., Moro-Egido, A. I. und M. Thum (2021), *Socio-Economic Attitudes in the Era of Social Distancing and Lockdowns*, CESifo Working Paper No. 8 845.
- Bossert, W. und C. D'Ambrosio (2011), „Measuring Economic Insecurity“, *International Economic Review*, 54 (3), S. 1 017–1 030.
- Chanley, V. A. (2002), „Trust in Government in the Aftermath of 9/11: Determinants and Consequences“, *Political Psychology*, 23 (3), S. 469–483.
- Daniele, G., Martinangeli, A. F. M., Passarelli, F., Sas, W. und L. Windsteiger (2020), *When Distrust Goes Viral: Causal Effects of Covid-19 on European Political Attitudes*, CESifo Working Paper No. 8 804.
- Drakos, K., Kallandranis, C. und S. Karidis (2019), „Determinants of Trust in Institutions in Times of Crisis: Survey-based Evidence from the European Union“, *Journal of Common Market Studies*, 57 (6), S. 1 228–1 246.
- Elchardus, M. und B. Spruyt (2016), „Populism, Persistent Republicanism and Declinism: An Empirical Analysis of Populism as a Thin Ideology“, *Government and Opposition*, 51 (1), S. 111–133.
- European Social Survey (Hrsg.) (2021), *ESS-9 2018 Documentation Report. Edition 3.1*. Bergen, European Social Survey Data Archive, NSD – Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC.
- Feldman, S. (2003), „Enforcing Social Conformity: A Theory of Authoritarianism“, *Political Psychology*, 24 (1), S. 41–74.
- Fetzer, T., Hensel, L., Hermle, J. und C. Roth (2021), „Coronavirus Perceptions and Economic Anxiety“, *Review of Economics and Statistics*, im Erscheinen.
- Foster, C. und J. Frieden (2017), „Crisis of Trust: Socio-economic Determinants of Europeans' Confidence in Government“, *European Union Politics*, 18 (4), S. 511–535.
- Iakhnis, E., Rathbun, B., Reifler, J. und T. J. Scotto (2018), „Populist Referendum: Was 'Brexit' an Expression of Nativist and Anti-elitist Sentiment?“, *Research & Politics*, 5 (2), S. 1–7.
- Mudde, C. (2004), „The Populist Zeitgeist“, *Government and Opposition*, 39 (4), S. 541–563.
- Perrin, A. J. und S. J. Smolek. (2009), „Who Trusts? Race, Gender, and the September 11 Rally Effect among Young Adults“, *Social Science Research*, 38 (1), S. 134–145.
- Rodrik, D. (1997), *Has Globalization Gone too Far?*, Institute for International Economics, Washington, D. C.
- Schwartz, S. H. (1992), „Universals in the Content and Structure of Values: Theoretical Advances and Empirical Tests in 20 Countries“, *Advances in Experimental Social Psychology*, 25, S. 1–65.
- Tepe, M., Vanhuyse, P., Jankowski, M., Juen, C.-M. und F. Erlbruch (2020), *Pandemic Balancing Acts: Early COVID-19 Lockdown Changes How Germans Trade Off Lives and Weigh Constitutional Powers*, OSF Preprints, University of Oldenburg.

- 1 Unsere Umfrage war ursprünglich nicht darauf angelegt, die Auswirkungen von Covid-19 zu erfassen, sondern startete eher zufällig genau in dem Zeitraum, in dem die Pandemie Fahrt aufnahm.
- 2 Die Aggregation der Antworten auf mehrere (in diesem Fall zwei) Fragen erfolgte mit Hilfe der Principle Component Analysis (PCA); für Details vgl. Arin et al. (2021).
- 3 Für das Vertrauen in internationale Institutionen finden wir insgesamt keine nennenswerten Veränderungen.